

## A28 NEU Krankenhausstrukturreform nutzen - Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein zukunftsfähig machen

Antragsteller\*in: Jasper Balke (KV Lübeck)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Der Landesverband von B'90/Die Grünen Schleswig-Holstein stellt fest, dass eine  
2 Krankenhausstrukturreform längst überfällig ist. Das aktuelle  
3 Finanzierungssystem setzt falsche Anreize und die Strukturen, sowie personelle  
4 Ressourcen werden nicht optimal eingesetzt. So entsteht ein Gemisch aus  
5 Überversorgung an der einen und Unterversorgung an der anderen Stelle.

6 Diese Fehlentwicklungen sind bereits seit mehreren Jahren bekannt, leider hat es  
7 bisher an politischen Mehrheiten gefehlt, um diese Missstände zu beseitigen. Die  
8 aktuellen Insolvenzverfahren und die Tatsache, dass nur noch die aller wenigsten  
9 Krankenhäuser in Deutschland schwarze Zahlen schreiben, geht auch auf genau  
10 diesen Reformunwillen der letzten Jahre zurück.

11 Aktuell müssen Krankenhäuser Versorgungsaufträge zurückgeben, Stationen  
12 schließen oder Standorte ganz aufgeben, weil das starre Finanzierungssystem  
13 nicht länger an die IST-Situation angepasst ist. Wir erleben deshalb seit  
14 mehreren Monaten und Jahren ein ungeordnetes Krankenhaussterben, das die  
15 Gesundheitsversorgung enorm beeinträchtigt und für das Personal neben der  
16 ohnehin schon chronischen Überlastung eine weitere Herausforderung darstellt.

17 Dies dürfen wir uns auch angesichts des demographischen Wandels nicht länger  
18 erlauben. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, mit der Krankenhausstrukturreform  
19 ein massives Umdenken in der Gesundheitspolitik einzuleiten, um die  
20 Gesundheitsversorgung in Deutschland und Schleswig-Holstein zukunftsfähig zu  
21 machen.

22 Umsetzung auf Landesebene in Schleswig-Holstein

23 Der Gesetzgebungsprozess der Krankenhausstrukturreform und die daraus  
24 resultierenden Folgen für die Landesebene sind schon jetzt und werden in Zukunft  
25 deutlich spürbar sein. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Landes- und kommunaler  
26 Ebene bei den nächsten Schritten ist deshalb unbedingt notwendig.

27 Der Landesverband von B'90/Die Grünen Schleswig-Holstein fordert deshalb, dass

- 28 • das Land Schleswig-Holstein weiterhin im Ländervergleich vorangeht und die  
29 Strukturreform der Bundesebene im eigenen Land so schnell wie möglich  
30 umsetzen möchte. Um für die Krankenhausstandorte, das Personal und nicht  
31 zuletzt die Bevölkerung Planungssicherheit zu schaffen, soll so schnell  
32 wie möglich auf Basis des neuen Vergütungssystems der neue  
33 Krankenhausplan für Schleswig-Holstein aufgestellt werden. Basis dessen  
34 sollen die Ergebnisse der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen  
35 Versorgungsbedarfsanalyse, sowie die Leistungsgruppen und das  
36 Vergütungssystem sein, das die Strukturreform neu einführen wird. Dabei

37 sollen sämtliche Akteur\*innen des Gesundheitssystems mit einbezogen  
38 werden.

39 • sich das Land an dem angekündigten Transformationsfonds von 50 Mrd. Euro  
40 zwischen Bund und Ländern beteiligt, um die enormen finanziellen  
41 Herausforderungen durch die Strukturreform  
42 stemmen zu können. Dazu soll auch geprüft werden, wie die  
43 Investitionskostenfinanzierung des Landes möglicherweise auch  
44 kreditfinanziert so aufgestellt werden kann, dass sie die notwendigen  
45 Zukunftsinvestitionen im Gesundheitsbereich erfüllen kann. Dazu gehört  
46 auch die gezielte Anwerbung von Finanzmitteln aus der EU für die  
47 klimaneutrale Transformation der Baustruktur und des Krankenhausbetriebs.

48 • die sehr komplexen Zusammenhänge der Strukturreform für kommunale und  
49 politische Entscheidungsträger\*innen, sowie das Personal im  
50 Gesundheitswesen auf verständliche Art und Weise aufbereitet werden. Auch  
51 die Bevölkerung muss in diesem für die Daseinsvorsorge so entscheidenden  
52 Prozess besonders mitgenommen werden - Populismus und Halbwahrheiten  
53 seitens der Politik verbieten sich auch aufgrund der hohen Emotionalität  
54 vollkommen.

55 • sich die Landesregierung weiterhin kritisch und konstruktiv an dem  
56 Gesetzgebungsprozess und der Durchführung der Krankenhausstrukturreform  
57 beteiligt. Eine weitere Verzögerung oder gar ein Scheitern der Reform darf  
58 dabei keine Option sein.

59 Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene

60 Der Landesverband fordert die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung deshalb  
61 dazu auf,

62 • eine Vorhaltefinanzierung - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - zu  
63 etablieren und dadurch eine Abkehr der leistungsorientierten  
64 Fallpauschalen herbeizuführen. Insbesondere in ländlichen Regionen müssen  
65 so bestimmte grundversorgende Leistungen auch fallzahlunabhängig  
66 finanziert und erhalten bleiben.

67 • ein System zu etablieren, dass finanzielle Fehlanreize in der  
68 Vergütungsstruktur identifiziert und transparent macht. Aktuell werden in  
69 bestimmten Teilbereichen häufig nicht medizinisch indizierte Eingriffe  
70 durchgeführt, weil diese besonders gut vergütet werden.  
71 Solche Entwicklungen gilt es auch im kommenden Vergütungssystem frühzeitig  
72 zu erkennen, um das Wohlergehen der Patient\*innen und die Qualität der  
73 Versorgung in den Mittelpunkt zu stellen.

74 • im neuen Vergütungssystem einen Schwerpunkt auf eine nachhaltigere  
75 Therapie zu legen. So ist bspw. seit Längerem bekannt, dass  
76 sich der Einsatz von Diätassistent\*innen oder Stationsapotheker\*innen,  
77 sowie abgestimmte Medikation- und Ernährungspläne ausschließlich positiv  
78 auf die Dauer der Therapie und damit den Verbleib in stationären  
79 Strukturen auswirkt. Dazu gehört auch, dass das Budget pro Patient\*in für  
80 die Verpflegung im Krankenhaus deutlich angehoben werden muss - denn je  
81 besser die Verpflegung, desto höher der Therapieerfolg. Selbiges gilt für

82 die Qualität des Entlassmanagements in ambulante oder häusliche  
83 Strukturen, etc.

- 84 • sich weiterhin deutlich für ein Vorschaltgesetz und eine finanzielle  
85 Stütze für die Krankenhäuser einzusetzen, um das weitere, ungeordnete  
86 Krankenhaussterben zu verhindern. Sehenden Auges den Status Quo zu  
87 akzeptieren konterkariert nämlich schlichtweg den eigentlichen Sinn der  
88 Strukturreform als solcher, die ja richtigerweise eine geordnete  
89 Neustrukturierung unserer Krankenhauslandschaft vorsieht.

90 Sektorengrenzen (Stationär/Ambulant) überwinden und aufeinander anpassen

91 Die große Reform des stationären Sektors darf allerdings nicht verkennen, dass  
92 diese auch enorme Auswirkungen auf den ambulanten Sektor haben wird.  
93 Der Landesverband stellt daher fest, dass eine Ausweitung und Vergrößerung des  
94 stationären Sektors kein Ziel der Krankenhausstrukturreform sein darf.  
95 Stattdessen müssen Ambulantisierungs- und Digitalisierungspotentiale voll  
96 ausgeschöpft werden. Gerade dort, wo Krankenhausstandorte wegfallen, muss eine  
97 Stärkung des ambulanten Sektors erfolgen. Solche Strukturen sind am besten  
98 regional gesteuert und beinhalten ganzheitliche Konzepte über den  
99 Gesundheitsbereich hinaus.

100 Der Landesverband von B'90/Die Grünen setzt sich deshalb dafür ein, dass

- 101 • durch den Wegfall stationärer Angebote noch größere Löcher in den  
102 Versorgungsstrukturen durch alternative ambulante und innovative Konzepte  
103 verhindert werden müssen. Dies können Level 1i-Standorte oder andere  
104 Versorgungsmodelle, telemedizinisch  
105 abgedeckte Regionen oder verbesserte Kooperationen großer Klinikstandorte  
106 mit kleineren Strukturen im ambulanten Bereich sein.
- 107 • das Konzept der Gesundheitsregionen für Schleswig-Holstein etabliert  
108 wird. Perspektivisch entstehen so über Regionalbudgets perfekt aufeinander  
109 abgestimmte Versorgungsangebote, die Prävention in den Mittelpunkt stellen  
110 und lokal verwaltet werden und so am  
111 besten auf den genauen Bedarf vor Ort angepasst sind.
- 112 • es Pflege- und Gesundheitsfachberufen durch bestimmte  
113 Befugnisserweiterungen ermöglicht wird, die Patient\*innenversorgung in  
114 Teilen autonomer und unabhängiger von ärztlichen Verordnungen gestalten zu  
115 können. Das Pflegekompetenzgesetz auf Bundesebene geht dabei genau in die  
116 richtige Richtung. Hierzu gehört auch die Öffnung des Direktzugangs für  
117 Patient\*innen zu den verschiedenen Therapieberufen. So werden personelle  
118 Ressourcen effizienter eingesetzt und die unterschiedlichen Berufsgruppen  
119 des Gesundheitssystems für mehr Menschen attraktiver.
- 120 • durch ein intelligenteres Patient\*innenmanagement und eine notwendige  
121 Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes wirklich nur  
122 diejenigen Patient\*innen stationär behandelt werden, die es wirklich  
123 brauchen. Neben vielen anderen Gründen sind die überfüllten Notaufnahmen  
124 im ganzen Land auch dadurch begründet, dass zu viele Menschen  
125 fälschlicherweise und ohne echten medizinischen Notfall dort auflaufen.

126 Abschließend muss allen Beteiligten klar sein, dass die  
127 Krankenhausstrukturreform nur der erste von vielen unbedingt notwendigen  
128 Schritten hin zu einem funktionierenden und zukunftsfähigen Gesundheitssystem  
129 sein kann. Es muss uns gelingen, die Effizienz des Systems so hoch wie möglich  
130 zu halten. Dazu muss auch außerhalb des Gesundheitssystems, sei es in der  
131 Bildungs- oder Sozialpolitik darauf hingewirkt werden, dass die individuelle  
132 gesundheitliche Handlungskompetenz gesteigert und durch ausreichend Prävention  
133 und Gesundheitsförderung die Entstehung von Erkrankungen und dadurch die  
134 Belastung unseres Gesundheitssystems verringert wird.

## Unterstützer\*innen

Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Steffen Regis (KV Kiel); Axel Flasbarth (KV Lübeck); Steohan Wisotzki (KV Lübeck); Bruno Hönel (KV Lübeck); Marilla Meier (KV Lübeck); Birte Duggen (KV Lübeck); Judith Bach (KV Lübeck); Marcus Jurkat (KV Lübeck)